

Bei den roten Preußen

Wie ein Engländer die DDR erlebt (III) / Von Timothy Garton Ash



NVA-Soldaten vor der Neuen Wache in Ost-Berlin: Nach der Enthistorisierung Rückkehr zu preußischen Werten

Der Ost-Berliner Invalidenfriedhof ist einer der gespenstischsten Friedhöfe der Welt – geteilt, wie es Deutschland ist. Die Mauer, die seine westliche Seite begrenzt, ist *die* Mauer. Parallel zu ihr zieht sich eine Linie von Warnschildern, die vom Norden bis zur südlichen Mitte des Friedhofs das Gebiet abgrenzt, das kein Besucher betreten darf.

Hier liegt die militärische Elite Deutschlands begraben: Hier steht das bewachsene Grabmal des Generalfeldmarschalls von Schlieffen; hier liegen Generaloberst Helmuth von Moltke und das Flieger-As des Ersten Weltkriegs, Manfred von Richthofen; und hier thront über allen, mitten in der Sperrzone, ein Grabdenkmal, geschaffen von Schinkel, Rauch und Tieck für Gerhard Johann David von Scharnhorst.

Preußische Generale im Niemandsland – könnte es ein eindrucksvolleres

Symbol geben für die Art, mit der die DDR bis vor kurzem Preußen behandelt? Dreißig Jahre lang, seit 1949, wurde Preußen intellektuell, politisch und so weit menschenmöglich auch physisch ins Niemandsland verbannt.

Bis vor kurzem wurde Preußen unmißverständlich dem Teufel zum Geschenk gemacht. Je häufiger die DDR von den Amerikanern als „Rotes Preußen“ bezeichnet wurde, desto stärker war sie bemüht, sich von dem Bild abzutrennen. Eine untergeordnete Ausnahme wurde nur bei den Reformern und Helden der deutschen Freiheitskriege gemacht, doch sogar dann noch blieb Scharnhorst, plastikverhüllt, im Niemandsland. Noch 1978 fühlte sich die Oberbürgermeisterin

Der volle Text von Timothy Garton Ash ist als SPIEGEL-BUCH Nr. 15 unter dem Titel „Und willst du nicht mein Bruder sein ...“ (208 Seiten; 14 Mark) erschienen.

von Potsdam, Brunhilde Hanke, bemüht, die bloße Erhaltung der Bauwerke von Knobelsdorff und Schinkel, Gontard und Persius zu rechtfertigen:

„Einst entstanden zu Nutz und Frommen der Preußenkönige und des stockkonservativen Militärklüngels, dienen diese Werke heute dem werktätigen Volk. Wir haben die Verpflichtungen (des Potsdamer Abkommens von 1945) erfüllt, den Militarismus mit seiner Wurzel ausgerottet. Der ‚Geist von Potsdam‘, der soviel Unheil über die Völker brachte, ist tot.“

Und doch! Zwei Jahre später war Friedrich der Große wieder Unter den Linden zurück, wurde ohne große Feierlichkeiten enthüllt und reitet wieder gen Osten. „Der Große“ darf man ihn wieder nennen, seitdem selbst Erich Honecker den Ehrentitel unbefangen in den Mund genommen hat.

Eine sehr differenzierte, populärwissenschaftliche Biographie – von Ingrid Mittenzwei: „Friedrich II. von Preußen“ – wurde erstmals 1979 verlegt und ist seitdem ständig vergriffen. Die Preußenforscher der Humboldt-Universität fanden bei ihren Vorlesungen einen gewaltigen, ständig anwachsenden Zulauf. Schinkels Altes Museum wurde glanzvoll restauriert und beherbergt eine vorzügliche Ausstellung über den Baumeister und Maler.

Eine populäre fünfteilige Fernsehserie wurde dem Leben Scharnhorsts gewidmet, ein weiteres Fernsehspiel Carl von Clausewitz, zu dessen 200. Geburtstag in seiner Heimatstadt Burg (Bezirk Magdeburg) eine Gedenktafel enthüllt wurde. Der Katalog könnte fortgesetzt werden. „Die Preußen kommen“, erklärt schlicht der Titel eines neuen Theaterstückes, das im Juli 1981 im Volkstheater Rostock uraufgeführt wurde – allerdings ist es eine Komödie.

Warum kommen sie? Und warum ausgerechnet jetzt? Dies liegt zum Teil einfach an den Historikern. Was Ende der siebziger Jahre über der Oberfläche explodierte, hatte sich lange Jahre in den dunklen Höhlen der ostdeutschen historischen Zunft unter der Erde zusammengebraut.

Honecker und seine Kollegen spielen, wenn auch vorsichtig, die preußische Karte aus, weil sie denken, damit sei etwas für sie zu gewinnen. Wieweit kann man aber voraussetzen, daß Preußen positive Assoziationen unter den Bürgern der DDR weckt, besonders unter der jüngeren Generation, der so viel von der ängstlichen Aufmerksamkeit der Führungsspitze gewidmet ist?

Viele junge DDR-Bürger haben, genau wie ihre westlichen Zeitgenossen, kaum einen Schimmer davon, was Preußen überhaupt war. Die Enthistorisierung nach dem Krieg war eine gesamt-



Zurückgekehrtes Friedrich-II.-Standbild: Reitet wieder gen Osten

deutsche Erscheinung. Deshalb kann die Welle des Interesses durchaus Zeichen eines Nachholbedarfs sein.

Zwei Untersuchungen aus den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren, die sich hauptsächlich auf Schulaufsätze stützten, kamen zum Ergebnis: „Allgemein wurde der Begriff Preußen positiv bewertet; die Befragten fühlten sich

durchaus als Preußen.“ Dabei muß man zu unterscheiden versuchen zwischen bewußtem und unbewußtem Erbe; sowohl seitens der Bevölkerung wie auch seitens des Staates.

„Andere Staaten besitzen eine Armee, Preußen aber ist eine Armee, die einen Staat besitzt.“ Mirabeaus berühmte Beobachtung, niedergeschrieben kurz nach dem Tode Friedrichs II., charakterisiert treffend die Qualität, die augenscheinlich am häufigsten mit Preußen in Verbindung gebracht wird: Militarismus.

Dieser Militarismus wird im DDR-offiziellen Führer für Potsdam lebhaft geschildert:

In ganz Preußen lebten um 1740 nur 2,25 Millionen Menschen, 83 000 davon waren Soldaten. Auch wenn der preußische König seinen Soldaten besondere Vergünstigungen zukommen ließ, die unerbittliche Strenge und Freiheitsberaubung führten dennoch zu zahlreichen Desertionen. Die nahe sächsische Grenze ließ zahlreiche Soldaten dieses lebensgefährliche Wagnis eingehen. Wurde nach dem Überwinden der Stadtmauer oder des Palisadenzaunes, die ständig bewacht waren, die Flucht bemerkt, so alarmierten zwei Lärmkanonen im Lustgarten das Husarendetachment, das sofort die Verfolgung aufnahm. Die Bauern durften bei schwerster Strafandrohung den Flüchtlingen nicht helfen,

* Mit Horst Drinda als Scharnhorst, Hans Teuscher als Friedrich Wilhelm III. und Gunter Schoss als Boyen.



DDR-Fernsehserie „Scharnhorst“: Honecker spielt die preußische Karte

außerdem ließ der König für die Rückbringung eines Deserteurs aus der Akzisekasse zwölf Taler Belohnung zahlen. Spießrutenlaufen, Festungsstrafen oder der Tod erwarteten den Ergriffenen.

Der Leser kann sich nur über die Unbefangenheit wundern, mit der diese Details wiedergegeben werden, während er gleichzeitig beim Blick aus dem Fenster ... die Mauer sieht.

„Die Etikettierung ‚Rotes Preußen‘ schmeckt nach Militarismus, den es in der DDR nicht mehr gibt“, stellte ein sympathisierender britischer Beobachter fest. Nun, es kommt darauf an, was man unter Militarismus versteht.

Zunächst gibt es über 160 000 Mann in den Verbänden der Nationalen Volksarmee, dazu rund 47 000 Grenzsoldaten und etwa 5000 in den bewaffneten Organen des Ministeriums für Staatssicherheit. Das sind bereits mehr als doppelt soviel wie in der Armee des Soldatenkönigs; bezogen allerdings auf die Gesamtbevölkerung hatte damals Preußen dreimal so viele Soldaten wie heute die DDR.

Hinzuzählen sind jedoch auch noch die voll ausgebildeten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die derzeit vom Londoner International Institute for Strategic Studies auf insgesamt 500 000 Mann geschätzt werden. Und schließlich gibt es noch die Mitglieder der paramilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik, wiederum fast eine halbe Million.

Doch das wirkliche Ausmaß der Militarisation kann nur erfaßt werden, wenn man das Eindringen militärischer Angelegenheiten in das Leben der normalen Bürger berücksichtigt. Es beginnt im Kindergarten. Daß „Soldaten auch Arbeiter sind“, soll, laut Erziehungsplan, den Kindern klargemacht werden.

„Bei Geländeübungen und -spielen erwerben Kinder einfache touristische und militärische Kenntnisse und Fertigkeiten“, beschreibt der Rahmenplan für die erste Klasse eine außergewöhnliche Mischung (Tourismus und Militarismus!). Als Geländespiele für Sechsjährige werden empfohlen „Agentensuche, Lagerverteidigung, Partisanenkampf ...“

Für die „Heimatkunde“ der zweiten Klasse: „Die Schüler gedenken der an der Staatsgrenze ermordeten Angehörigen der NVA.“ „Achtjährige beim Liegendschießen“ sieht man in der Zeitschrift „Visier“ der Gesellschaft für Sport und Technik.

Im Buch für Staatsbürgerkunde der achten Klasse ist zu lesen: „Revolutionäre Wachsamkeit im Sinne der Treue zu unserer sozialistischen Heimat, patriotische Haltung, unversöhnlicher Haß gegen die Feinde des Volkes, Bereitschaft und Fähigkeit, die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen, das sind zugleich Ziele der gesamten Bildung.“

Die Einführung der „Wehrkunde“ für die neunte und zehnte Klasse im Herbst 1978, der die Kirchen der DDR so heftig und erfolglos Widerstand geleistet ha-



Betriebskampfguppe beim Appell: „Unversöhnlicher Haß ...“

ben, war demnach nur noch die Hinzufügung eines weiteren Instruments zum sowieso schon riesigen Symphonieorchester der Militarisation. In die Pflichtlektüre für Fünfzehnjährige wurde der Begriff des „Heldentums“ nachdrücklich wieder eingeführt.

Ab 1983 wird einem vierzehnjährigen Schüler, der eine erfolgreiche Schulkarriere machen und im Leben weiterkommen will, geraten werden, zwei Wochen seiner Sommerferien in einem „vormilitärischen Lager“ zu verbringen. Ab 1985, so die abschließende Erklärung einer pädagogischen Konferenz, soll im Prinzip jeder männliche Abiturient auf eine militärische Laufbahn vorbereitet sein.

Dem folgen wenigstens 18 Monate obligatorischen Militärdienstes, bei dem die „Erziehung zum Haß“ neue Gipfel erklimmen wird. Wer gehaßt werden muß, ist absolut klar. Unter den „Klas-

senfeinden“ nimmt die Bundesrepublik unanfechtbar den ersten Rang ein.

Wenn der Soldat in seinen Betrieb zurückkommt, wird er höchstwahrscheinlich sehr schnell, ehe er sich versieht, in einer Kampfgruppe gelandet sein.

Die offizielle Rechtfertigung für die galoppierende Militarisation der DDR-Gesellschaft ist natürlich die galoppierende Aggressivität des westlichen Imperialismus. Die Nato, so sagen sie, wird immer gefährlicher, hemmungsloser und expansiver. Was wir im Osten erleben, ist nur die defensive Reaktion auf diese Bedrohung. Kurzum, es ist Militarisation gegen Militarismus.

Um diese Terminologie richtig verstehen zu können, muß man mit dem marxistisch-leninistischen Verständnis des Militarismus vertraut sein. „Militarismus“ wird primär als Mittel zur „Unterdrückung der Volksmassen“ definiert und



... gegen die Feinde des Volkes“: **Schüler bei der vormilitärischen Ausbildung**

deshalb zur Erhaltung des existierenden Herrschaftssystems.

Weiter wird argumentiert, daß die Militarisierung einer Gesellschaft dazu beiträgt, jegliche im Entstehen begriffene demokratische Bewegung zu unterdrücken und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den wahren Kernfragen sozialer und wirtschaftlicher Konflikte abzulenken.

Je größer der Druck von unten, je größer die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft, desto stärker ist die herrschende Klasse versucht, die „Flucht nach vorn“ – in den Krieg – anzutreten. Auf diese Weise wird der Weg in den Krieg, sowohl jener des Kaiserreichs als auch der Hitler-Deutschlands, als ein (obwohl letzten Endes selbstzerstörerischer) Weg aus der eigenen unlösbaren inneren Krise gesehen.

Diese Analyse – so erhellend in einer Diskussion über die beiden vorangegangenen deutschen Regime – ist vielleicht nicht ganz ohne Relevanz für die DDR selbst. Es ist zum Beispiel bemerkenswert, daß die Entwicklung sozialistischer Wehrerziehung die Entwicklung deutsch-deutscher Entspannung Schritt für Schritt begleitet hat, sich also nicht anstatt der Entspannung, sondern gerade wegen ihr entwickelt hat.

Die Flut der Besucher aus der Bundesrepublik hat viel dazu beigetragen, das „Feindbild“ der DDR zu unterminieren. „Aus der BRD kenne ich nur die Tante aus Bochum“, wird ein zehnjähriges Mädchen zitiert, „und die ist, glaube ich, kein Kriegstreiber.“ So braucht es die doppelten Behörden-Anstrengungen, um das Feindbild wiederherzustellen.

Niemand spricht häufiger über die Bedeutung des Friedens – und riskiert so, beim Wort genommen zu werden. Die DDR-Presse hat ausgiebig und durchweg positiv über die Friedensbewegung in Westdeutschland und West-Berlin berichtet. Soweit es ihre Argumente über eine wachsende Aggressivität des Imperialismus bekräftigt, was die Nato-Entscheidung zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa zeigt, ist das alles Wasser auf ihre Mühlen.

Die Deutschen beiderseits der Grenze fürchten sich gleichermaßen vor einem möglichen Schlachtfeld Mitteleuropas. Doch in der Fernsehberichterstattung über die große West-Berliner Friedensdemonstration am 8. Mai konnten die Ost-Berliner Zuschauer Spruchbänder erkennen, die die Abschaffung beider, der amerikanischen Raketen und der sowjetischen SS-20, forderten.

Die Demonstration selbst war ein Beispiel demokratischer Öffentlichkeit und regte zumindest einige junge Ost-Berliner zum Nachdenken an, ähnlich wie die Tatsache – über die sie sich sehr bewußt waren –, daß die meisten Teilnehmer dieser Demonstration als Einwohner von Berlin vom Militärdienst befreit waren.

Keiner, der in Ost-Berlin gelebt hat, kann an der Zermürbtheit und Ablehnung zweifeln, die die gegenwärtige Generation wehrpflichtiger dem Militärdienst entgegenbringt, was weniger das Resultat idealistischer Vorbehalte, sondern vielmehr schlichter Widerwille ist, Arbeit oder Hochschule gegen 18 Monate schlechtbezahlter Langeweile und physischer Unbequemlichkeit einzutauschen.

Doch nur wenige verweigern den Militärdienst tatsächlich. Wenn sie Glück haben, folgt darauf nur die Einweisung in eine „Bau Einheit“, wo sie ihren Ersatzdienst ableisten müssen. In ihrer Akte aber bleibt ein großer Fleck, der ihre Aufstiegschancen gewaltig einschränken wird.

In den Fällen der Gewissensverweigerung ist es besonders die evangelische Kirche, die sich engagiert, und aus Kirchenkreisen wird berichtet, daß Wehrdienstverweigerung häufig eine sehr viel kompliziertere Angelegenheit ist, als es auf dem Papier erscheint.

Oft wird die ganze Skala an Überzeugungskünsten angewandt – bis hin zur „physischen Überzeugung“ wie im Falle eines jungen Mannes, der den Wehrdienst total verweigerte. „Dich kriegen wir so oder so“, riefen die Stasi-Männer, als sie ihn auf dem Weg zum Verhör im Fahrstuhl zusammenschlugen.

Einem jungen Elektriker aus der kleinen Stadt Königswalde, sehr engagiert im kirchlichen Friedensdienst, widerfuhr eine wesentlich deutlichere Behandlung. Er wurde um halb sechs Uhr morgens an seinem Arbeitsplatz verhaftet. Bei einer Durchsuchung seines Hauses wurden verschiedene westliche Publikationen, darunter Reiner Kunzes „Die wunderbaren Jahre“, beschlagnahmt. Vier Wochen später befand er sich noch immer in Untersuchungshaft.

Diese Art des kalkulierten exemplarischen Terrors garantiert einer unabhängigen Friedensinitiative in der DDR so viele Chancen wie einem Schneeball in der Hölle. Ein klassisches Beispiel für die doppelbödigen Normen dieses Sy-



Westdeutsche Besucher in der DDR: „Meine Tante aus Bochum ist kein Kriegstreiber“

stems ist der Pfarrer, der seine eigene Friedenspropaganda organisiert (wie zum Beispiel ein Kirchentreffen, wo Spielzeugpistolen gegen Süßigkeiten und Blumen eingetauscht werden können).

Er wird vom Staat scheel angesehen, genauso wie der Pfarrer, der sich weigert, die offiziell lancierte „Willenserklärung“ gegen den Nato-Raketenbeschluß zu unterzeichnen. Sogar die Friedensbewegung wird militarisiert.

Die Nationale Volksarmee der DDR ist die totalitäre Realisierung des Scharnhorstischen Ideals, daß „alle Bewohner des Staates ... geborene Verteidiger

stems bestimmt wie Eisenträger zur Festigung von Beton. Das Stadium ist bereits erreicht, wo „das Militärische“ im weitesten Sinne innenpolitisch unentbehrlich geworden ist, was auch immer seine außenpolitische Bedeutung sein mag. Es spielt wirklich eine staatstragende Rolle.

Die Armee gilt als das geeignetste Mittel zur Erziehung von bewußten sozialistischen Staatsbürgern; das Militärische mehr oder weniger als Modell der sozialistischen Gesellschaft. Deshalb reicht die Militarisierung der DDR wesentlich tiefer noch als die Militarisierung Preußens unter dem Soldatenkönig. Es ist Militarismus im klassisch marxistischen Sinn: Militarisierung als Mittel zum Zweck der Erhaltung des herrschenden Systems.

Da stellt sich natürlich die Frage, ob dies nicht letzten Endes zu jenen Konsequenzen führen könnte – der „Flucht nach vorn“, in die außenpolitische Aggression –, die die marxistische Analyse so überzeugend prophezeit.

Bevor wir uns jedoch dieser Frage widmen, ist es durchaus einer Betrachtung wert, welche anderen, sekundären preußischen Tugenden bewußt oder unbewußt in den ostdeutschen Garnisonsstaat eingegangen sind. Hierbei denkt man als erstes an den Kult des Pflichtbewußtseins, der Pflichterfüllung, ja, an die Pflichtreligion, deren Ursprünge mit außergewöhnlicher Präzision festge-

stellt werden können. Die Gebotstafeln dieser Religion, um es so auszudrücken, brachte Friedrich der Große just in dem Moment vom Berge herab, da er den Thron von Preußen bestieg. „Mein höchster Gott ist meine Pflicht“ – da ist das erste Gebot!

Nach der Pflichtreligion kommt die Staatsmystik, die Idealisierung des Staates als Staat, verewigt in einem kleinen Regiment von Komposita: Staatsbewußtsein, Staatsdenken, Staatsethos, Staatsfeind, Staatsverleumdung.

Die bekannten preußischen Tugenden – Sparsamkeit, Ordnung und Disziplin, Fleiß und Pünktlichkeit – sind Staatstugenden. Sie sind Mittel zum Zweck, eine künstliche Konstruktion zu bewahren und zu stützen, ein Gebilde, das seine eigene Rechtfertigung ist – der Staat als



Wehrunwillige DDR-Jugend: Verweis in die Personalakte

desselben“ sind. Sie ist das Produkt einer zweifachen Neurose: der neurotischen Ängstlichkeit der derzeitigen Führung in bezug auf ihre eigene Sicherheit – nach außen wie nach innen.

Unserer Beurteilung nach ist es hauptsächlich letztere, die ihre Gedanken beherrscht. Die DDR-Führung greift nach der klassischen Form von Selbsterhaltung, wo sie die Wehrmüdigkeit und Aufmüpfigkeit der Nach-Mauer-Generation erlebt, wo sie mit dem zersetzenden Effekt der Entspannung auf die soziale Disziplin konfrontiert ist, wo sie nach neuen Quellen der Legitimität forscht, während gleichzeitig die ökonomischen Quellen („Jeans-und-Golf-Sozialismus“) zur Neige gehen.

Die Militarisierung von der Wiege bis zur Bahre ist zur Stabilisierung des Sy-

Ars Vivendi.



Was man wissen sollte über Weine aus Italien:

Man sollte sie kennen, die traditionsreichen Anbaugebiete mit ihren einzigartigen Weinen. Bei niveauvollen Kennern nehmen sie längst den Rang von Berühmtheiten ein. Wein aus Italien: So abwechslungsreich und charaktervoll wie die Landschaften, die seit Jahrtausenden die Eigenart dieser großen Kreszenzen prägen: Bouquetreiche, kräftige Rotweine. Spumante – trocken oder lieblich prickelnd. Spritzige Weiße. Feinste Dessertweine: Rubinrote von harmonischer Eleganz.

Wein-Spezialitäten allerersten Ranges kommen aus Italien. Wie zum Beispiel aus den Regionen Latium und Umbrien die frischen Weißen:

Frascati
Marino
Orvieto
Colli Albani
Est! Est!! Est!!!

Und die Rubinroten:

Cerveteri
Merlot di Aprilia
Colli del Trasimeno
Torgiano

Achten Sie auf die geschützte Qualitätsbezeichnung Denominazione di Origine Controllata – D.O.C.

Alles für Sie. Über Wein aus Italien:

- ☐ Wir laden Sie ein zu einer unverbindlichen Weinprobe ins ITALIA TRADECENTER nach Düsseldorf oder in Ihre Landeshauptstadt.
- ☐ Wir senden Ihnen kostenlos das Buch der D.O.C.-Weine „Große Weine aus Italien“.
- ☐ Sie erhalten kostenlos von uns die Anleitung zum Arrangieren niveauvoller Weinproben.

Senden Sie diesen Coupon an:
I.C.E. Italienisches
Institut für Außenhandel,
Postfach 222, 4000 Düsseldorf 1.



DDR-Schüler nach der Jugendweihe: Ohne sozialistische Sakramente keine Oberschule

Selbstzweck. Das trifft selbst auf die so oft gepriesene Toleranz zu, auf die Liberalität oder Gedankenfreiheit, was eine Anekdote vom Alten Fritz illustriert:

Als er hoch an einer Wand ein gegen ihn gerichtetes Plakat entdeckte, befahl er seiner Gefolgschaft, es unverzüglich abzunehmen und tiefer zu hängen, damit all seine Untertanen es lesen könnten. Friedrich meinte, sein Volk und er seien zu einer Übereinkunft gekommen, die beide Seiten befriedigt. Es könne sagen, was es wolle, und er könne machen, was er wolle.

Aus dieser Sicht ist die laute Beteuerung der DDR, sie sei nicht der Erbe Preußens, absolut überzeugend. Man vergleiche beispielsweise das Verhalten der DDR gegenüber Katholiken mit dem entsprechenden Verhalten Preußens im 18. Jahrhundert.

Das berühmte „Hier muß ein jeder nach seiner Fassung selig werden“ antwortete der König, als ihm einer seiner Minister den Fall einer Beschränkung der katholischen Soldatenschulen in Berlin berichtete. Die St.-Hedwigs-Kathedrale (heute Ost-Berlin) wurde von Friedrich als Geste gegenüber den katholischen Adligen Schlesiens erbaut und als Versicherung seiner Toleranz gegenüber den vielen Katholiken in seinen kosmopolitischen Armeen.

Heute wird ein katholisches Kind, dessen Eltern ihm aus Gewissensgründen die Teilnahme an den sozialistischen Sakramenten verweigern – bei den Thäl-

mann-Pionieren, der Jugendweihe, FDJ, Wehrerziehung –, kaum bis zur Erweiterten Oberschule oder gar auf die Universität kommen, mag sein Zeugnis auch noch so gut sein. Nur unter außergewöhnlichen Umständen kann ein Katholik in seinem Beruf eine höhere Stellung erlangen.

Kaum überzeugend sind jedoch die scharfen Abgrenzungen in anderen Punkten: So betont die Friedrich-Biographin Ingrid Mittenzwei besonders, daß sich „preußische“ Ordnung und Disziplin, die „BRD-Publizisten“ in der DDR entdeckt haben, in Wirklichkeit völlig von der „bewußten Disziplin der Arbeiterbewegung“ unterscheiden. Als wären preußische Disziplin und Ordnung unbekannt!

Und der Preußenforscher der Humboldt-Universität, Klaus Vetter, besteht auf einer Unterscheidung zwischen Preußen und Preußentum. „Das Preußentum hat bei uns keinen Platz“, insistiert er, „das Preußentum wird energisch bekämpft.“

Und doch fällt es schwer, eine der preußischen Staatstugenden (mit Ausnahme der Toleranz) zu benennen, die von den DDR-Behörden nicht aktiv gefördert wird. Pflichtbewußtsein, Sparsamkeit, Ordnung, Disziplin, Fleiß, Pünktlichkeit – würde irgendein Funktionär der DDR vortreten, um sie zu denunzieren?

Es war Oswald Spengler, Prophet vom Untergang des Abendlandes, der, im

Jahr nach Geburt der KPD, besonders deutlich die Verbindung zwischen Preußentum und Sozialismus herstellte. „Zur preußischen Art gehört es“, schrieb er, „daß der Einzelwille im Gesamtwillen aufgeht.“ Genau da hat sich der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden in die politische Kultur des Preußentums eingeklinkt.

Sein Ziel ist haargenau die Kollektivierung des Willens: Sein Ideal sind Staatsbürger, die zur Erkenntnis der „Interessenübereinstimmung“ zwischen Staat und Bürger gelangt sind (so das „Kleine Politische Wörterbuch“). Wie einst Preußen legt die DDR so viel Wert auf Staatsbewußtsein, denn sie ist, wie auch das alte Preußen es war, nichts als ein Staat. Sie erhebt wie Preußen den Staat zum Halbgott, weil diese politische und

administrative Einheit die einzige Einheit ist, die sie hat. Den Kult der Loyalität gegenüber dem Staat nennt man dann (sozialistischen) Patriotismus oder die Liebe zum (sozialistischen) Vaterland.

Nun gibt es in der DDR heute, wie schon in Deutschland seit dem Mittelalter, eine aufrichtige und durchaus menschenfreundliche Art des Patriotismus (unter dem ich die Anhänglichkeit an ein bestimmtes Gebiet verstehe, an einen besonderen Dialekt, eine Landschaft, eine Lebensweise), von dem man glauben kann, er sei der beste der Welt, den man jedoch niemandem aufbürden möchte (und der sich daher fundamental vom Nationalismus unterscheidet). Es ist ein Lokalpatriotismus.

Nirgendwo im Westen bin ich einem derart feurigen Lokalpatriotismus begegnet wie in Sachsen und Thüringen. Nichts wird den Dresdener von seiner Überzeugung abbringen, seine Galerien seien die besten der Welt. Nichts wird den Thüringer von seiner Meinung abbringen, der Thüringer Wald sei der schönste auf der Welt.

Einer dieser Patrioten war Königin Victorias Prinzgemahl Albert von Sachsen-Coburg-Gotha, der anderen Mitgliedern der königlichen Familie, wo immer sie auf den Britischen Inseln auch hinkamen, mit der Bemerkung auf die Nerven ging, die Aussicht sei nichts im Vergleich zu seinem heimatlichen Thüringer Wald.

Dieser Lokalpatriotismus, den man in Deutschland einmal Heimatliebe nann-

te, ist eines der anziehendsten Merkmale dieses Landes. Er ist sicher für viele Menschen ein wichtiger Faktor in der Aussöhnung mit dem Los, in diesem Staat leben zu müssen. Aber ein mobilisierender Faktor ist er nicht, er produziert kein aktives Engagement für den sozialistischen Staat, und, noch schlimmer, er ist – historisch gesehen besonders in Sachsen seit dem Siebenjährigen Krieg – antipreußisch.

Als das Lied „Sing, mein Sachse, sing!“ in der DDR ein reißender Hit wurde, antworteten die Berliner bald spöttisch „Brüll, mein Preuße, brüll!“, und natürlich waren es die Berliner, die jene berühmte Beschreibung der ersten Generation sächsischer Funktionäre unter dem Sachsen Walter Ulbricht als „fünfte Besatzungsmacht“ erfanden.

Die DDR ist also den gleichen Problemen konfrontiert, mit denen es die preußisch-deutsche Regierung zu tun hatte, als Preußen in Deutschland „aufging“. Patriotismus, wie wir ihn definiert haben, konnte nur unter Schwierigkeiten als integrierender Faktor für den neuen Staat verwandt werden.

Es gab, wie mir scheint, niemals einen *deutschen* Patriotismus ohne die aggressiven und militaristischen Qualitäten, die den Nationalismus ausmachen. In diesem Sinn definiert sich Nationalismus durch seinen offensiven Charakter, durch das, wogegen er ist, deutlicher als durch jenes, wofür er ist. Es läßt sich darüber streiten, ob die deutsche Nation – außer gegen angebliche Feinde – je wirklich vereint gewesen ist.

Genau dieser Nationalismus kam, zum Grauen der denkenden Menschen in beiden Teilen Deutschlands, in jenem Jahr erneut gewaltsam zum Vorschein, in dem das Reiterstandbild Friedrichs des Großen wieder zur Straße Unter den Linden zurückkehrte. Er richtete sich, genau wie die Statue, gegen Polen. Oder genauer, gegen die Polen.

Im Verlauf des Jahres 1980 hörte man in der DDR immer häufiger ein Sammelurium an Ausdrücken, die der Wortwaffenkammer aller nationalen Vorurteile, sogar der des Nazismus, entsprungen schienen. Da wurde wieder von „polnischer Wirtschaft“ gesprochen, von

„Scheißpolacken“, ja sogar von „Untermenschen“.

Als die Grenzen zu Polen im Herbst 1980 geschlossen wurden, bildeten sich unter den Bürgern der DDR etwa zwei Meinungen heraus. Die eine wird deutlich in den Worten eines jungen Arbeiters aus der Nähe von Frankfurt an der Oder: „Na, die Schweine kommen nicht mehr“; wobei er auf die Schwärme polnischer Besucher anspielte, die seit Öffnung der Grenzen 1972 die Geschäfte bei ihren eintägigen Kurzreisen in die DDR leerkaufen.

Die andere zeigt den Zorn darüber, daß nun keine Ferienreisen mehr in die



DDR-Volksarmisten: Nichts als ein Staat

polnischen Seebäder an der Ostseeküste möglich waren. Offensichtlich schien es selbstverständliches Recht zu sein, polnische Feriengebiete zu belagern – offensichtlich hatten die Polen keinerlei Recht, DDR-Geschäfte zu belagern.

Diese Art des Nationalismus, eines Nationalismus der Spießbürger, rührt offenbar daher, daß ein Teil der älteren Generation Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten sind. Tatsächlich wurden diese nationalistischen Meinungen aber noch fanatischer von der jungen Generation vertreten. Daran allein ist zu erkennen, wie wenig die Vergangenheit wirklich in den Herzen und Köpfen der Nach-Mauer-Generation bewältigt worden ist.

Schlimmer aber noch sind die vielen Hinweise, daß diese groben nationalistischen Vorurteile von Menschen in exponierten Positionen nicht nur stillschweigend toleriert, sondern noch gefördert wurden. Typisch der Fall einer Dorfschullehrerin, die ihren dreizehnjährigen Schülern in aller Ausführlichkeit klarmachte, was für „Schieber“ die Polen seien.

Neben den bekannten Geschichten über konterrevolutionäre Elemente, amerikanische Interventionen („Der Walesa ist ja doch in Chicago geboren“) und westdeutschen Revanchismus ließen Funktionäre Sätze fallen wie: „Die Polen arbeiten ja sowieso fast nicht.“

Beim Gipfeltreffen des Warschauer Pakts im Dezember 1980 war Erich Mielke, der DDR-Minister für Staatssicherheit, vertrauenswürdigen Berichten zufolge der energischste Advokat für eine bewaffnete Intervention der sozialistischen Staaten in Polen.

Daraus kann man folgern, daß die DDR-Führung mehr als nur vorbereitet auf die Möglichkeit war, deutsche Soldaten wieder einmal nach Schlesien marschieren zu lassen – 240 Jahre nachdem das Heer Friedrichs des Großen in diese Richtung marschierte und nur 41 Jahre nach dem Einmarsch von Hitlers Armeen in Polen.

Kommen wir zum vielleicht entscheidendsten Unterschied zwischen der DDR und Preußen: Die DDR ist nur dem Namen nach ein souveräner Staat. Ungeachtet ihres ermüdenden Insistierens auf ihrer unumschränkten Souveränität ist sie, wenn es zu lebenswichtigen militärischen und außenpolitischen Fragen kommt, in Wirklichkeit so abhängig von der Sowjet-Union wie ein Kind von seinem Vater.

In der Befehlsstruktur des Warschauer Pakts steht die Nationale Volksarmee unter strengerem sowjetischen Kommando als jede andere Armee (einschließlich der polnischen). Die Armeegenerale Mielke und Hoffmann können für eine Invasion in Polen plädieren, bis sie schwarz sind – die Männer, die effektiv entscheiden, ob deutsche Uniformen wieder einmal in das Land einmarschieren, das so schrecklich unter deutscher Hand gelitten hat, sitzen im Kreml.

Deshalb ist die Militarisierung der DDR, im Rahmen der großen Politik, nur ein sekundärer, wenn auch gewichtiger Faktor in den sowjetischen Kalkulationen. Aus eigenem Antrieb kann die DDR die „Flucht nach vorn“ nicht antreten. Doch der Besitz eines derart kraftvollen Motors, gut geschmiert mit preußischem Öl, muß jedem Fahrer eine Versuchung sein.

Im nächsten Heft

DDR-Autor Karl-Heinz Jakobs über die internen Auseinandersetzungen zwischen Schriftstellern und Partei während der Biermann-Affäre